

Offene Grenzen – offene Lage

Anfang November waren die Demonstrierenden auf den Straßen der DDR eine reale Gegenmacht geworden. Die Öffnung der Grenze zur BRD hatten sie gewollt und begrüßten sie stürmisch. Nachdem die Politbürokratie infolge der Massenproteste eingelenkt hatte und vor der Opposition zurückgewichen war, sahen sich die oppositionellen Gruppen nun damit konfrontiert, dass die SED-Führung vor dem Westen kapitulierte, aber ihre Herrschaft im Land erhalten wollte. Noch am 8. November hatten Vertreter des *Neuen Forums*, von *Demokratie jetzt*, des *Demokratischen Aufbruchs*, der *IFM* und der *SDP* einen Aufruf von Christa Wolf unterstützt, mit dem die über das Erzgebirge nach Prag und in den Westen ausbüxenden DDR-Bürger zum Bleiben bewegt werden sollten. Nun war die Grenze offen. Die neue Lage wirkte in Berlin zunächst durchaus nicht in Richtung einer Wiedervereinigungseuphorie. Kanzler Kohl wurde einen Tag nach der Maueröffnung – am 10. November – vor dem Schöneberger Rathaus von 20.000 Menschen aus Ost- und Westberlin für seine Wiedervereinigungsansprüche noch ausgepiffen. In Leipzig und Dresden sah das schon anders aus.

Allerdings sanken zur Erleichterung der Politbürokraten die Teilnehmerzahlen an den Massendemonstrationen spürbar ab. Der am 13. November zum Ministerpräsidenten gewählte frühere SED-Bezirkssekretär von Dresden, Hans Modrow, begann ein vertrauensbildendes Gegengewicht zur immer hoffnungsloser diskreditierten Politbürokratie zu bilden. Er bildete bis zum 17. November eine Koalitionsregierung der Blockparteien, in der alle den Anspruch auf Erneuerung vor sich her trugen. Trotz der sich überschlagenden

Skandalmeldungen zum Thema Korruption und Amtsmissbrauch der alten SED-Nomenklatura schien der Druck auf die SED abzunehmen. Allen war jedoch bewusst, dass dieses Nachlassen der Spannung nur sehr kurz anhalten würde. Die Opposition hatte mindestens drei Möglichkeiten: Sie konnte auf die Souveränität der DDR verzichten und so stärkere Bündnispartner im Westen gewinnen. Sie konnte die Souveränität des DDR-Staates verteidigen. Oder sie konnte versuchen, eine neue Souveränität der DDR-Bevölkerung gegen den Staat und den Westen zu bilden. Sie konnte wählen, aber sie musste sich entscheiden.

Als das von *Demokratie jetzt* vermittelte Angebot der Kirche an die Blockparteien am 21. November öffentlich wurde, stieg die SED unverzüglich darauf ein: Das Politbüro verbreitete am 22. November, die SED schlage einen Runden Tisch der Volkskammerparteien „mit anderen politischen Kräften des Landes“ über das neue Wahlgesetz, demokratische freie Wahlen und eine Verfassungsreform vor. Das Zustandekommen des Runden Tisches wurde zwischen einem Teil der Bürgerbewegungen, der Evangelischen Kirche und der SED-Führung ausgehandelt. Die SED und die dialogfreudige Mehrheit der neuen politischen Vereinigungen konnten sich auf einen Runden Tisch einigen, weil beide Seiten die drohenden Konfrontation der Staatsmacht mit einer unberechenbaren Volksempörung umgehen wollten und einen Weg zur Konsolidierung der DDR suchten. Parallel trafen sich Vertreter der oppositionellen Gruppen, der Kirchen und Mitglieder der SED in ihrer Zustimmung zum Aufruf „Für unser Land“..

Aus der Erklärung des Demokratischen Aufbruchs „zur Notwendigkeit einer neuen, alternativen Partei in der DDR“ (November '89):

Von Anfang an sind wir hier in unserem Land für einen besseren, einen „wahren“ Sozialismus (Stefan Heym auf der Demonstration am 4. 11. '89 in Berlin) eingetreten. ... Diese Partei ... sollte den sozialistischen Idealen und Grundwerten verpflichtet sein. Sozialismus darf allerdings nicht mit der Herrschaft einer Partei verwechselt werden ... Dagegen ist das ursprüngliche Anliegen der sozialistischen Vision das dauernde demokratische Ringen um soziale Gerechtigkeit.

Aus der Erklärung des Neuen Forums vom 12. November '89:

Die offene Grenze wird das politische Chaos und die desolante Wirtschaftslage kraß zutage bringen, die die abtretende Politbürokratie hinterlassen hat. ... Unser Geld, das durch den Tausch abfließt, wird wiederkehren, preisgestützte Waren aufspüren und die Inflation aufheizen. All das bedroht die sozial schwächere Hälfte der Bevölkerung, während die Westgeld-Löwen oben schwimmen und immer reicher werden. Bürgerinnen und Bürger! Eure spontanen furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Revolution in Gang gesetzt, haben das Politbüro gestürzt und die Mauer durchbrochen. Laßt Euch nicht von der Forderung nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! Ihr wurdet weder zum Bau der Mauer noch zu ihrer Öffnung befragt, laßt Euch jetzt kein Sanierungskonzept aufdrängen, das uns zum Hinterhof und zur Billiglohnquelle des Westens macht! Achtet genau darauf, wem die jetzt eintretenden Unternehmungen und Geschäfte Vorteil bringen werden und wie hoch die sozialen Kosten sind.

Aus der gemeinsamen Erklärung der sechs neuen politischen Vereinigungen vom 10. November '89:

Angesichts der krisenhaften Situation in unserem Land, die mit den bisherigen Macht- und Verantwortungsstrukturen nicht mehr bewältigt werden kann, fordern wir, daß sich Vertreter der Bevölkerung der DDR zu Verhandlungen am Runden Tisch zusammensetzen, um Voraussetzungen für eine Verfassungsreform und für freie Wahlen zu schaffen. Daran sollten teilnehmen:

- die in der Volkskammer vertretenen Parteien
- die neuentstandenen demokratischen Gruppierungen und Parteien
- unabhängige Vertreter der Werktätigen
- Vertreter der Künstlerverbände



Führende Genossen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) beim ZK der SED während der Friedensdekade in der Samariterkirche im Dialog mit Oppositionsvertretern. v. l. n. r.: Otto Reinhold (AfG), Ibrahim Böhme (SDP), Rolf Reißig (AfG), Rainer Eppelmann (DA), Wolfram Hülsemann (DA), N. N., Erhart Neubert (DA)